



Beschluss Nr. 7

GEW-Eckpunkte zur Reform der LehrerInnenbildung in Berlin

Auf der Grundlage des Beschlusses des GEW-Hauptvorstandes vom 23.6.2001 zu „Eckpunkten zur Reform der Lehrer/innenbildung“ bringt die GEW BERLIN folgende Positionen und Forderungen in die aktuelle Berliner Reformdiskussion zur Lehrer/innenbildung ein:

Vor der Einführung von Modellversuchen zur Reform der Lehrer/innenbildung muss eine breite bildungspolitische Diskussion über Ziele und Maßnahmen der Reform erfolgen. Die GEW BERLIN sowie die Lehramtsstudierenden und Lehramtsanwärter/innen sind in der Vorbereitung und Umsetzung von Reformen wirksam zu beteiligen. Die für das Wintersemester 2003/04 geplante flächendeckende Einführung von Modellversuchen zu Bachelor und Master in der Lehrer/innenbildung in Berlin ist mindestens um ein Jahr zu verschieben, um die zahlreichen offenen Fragen zu klären.

Die GEW BERLIN fordert Senat, Universitäten und Abgeordnetenhaus auf, folgende Eckpunkte bei der Reform der Lehrer/innenbildung in Berlin zu berücksichtigen. Mit der Umsetzung wird der GLV beauftragt.

1. Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss sich durchgängig an der Entwicklung der notwendigen beruflichen Kompetenzen orientieren. Dazu gehören Fachkompetenz (i.d.R. über ein Fach hinaus), Methodenkompetenz, Sozial- und pädagogische Kompetenz, persönliche Kompetenz und Schulpraxis. Reformen in der Lehren/innenbildung müssen einen fortschreitenden Kompetenzaufbau beinhalten.
2. Die Reform der Lehrer/innenbildung in Berlin muss das Ziel haben, eine hohe Qualität der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu erreichen, die integrierte Ausbildung zu erhalten (möglichst viele gemeinsame Studienanteile) und das Studienangebot insgesamt verbindlicher zu gestalten. Sie muss dazu beitragen, die Studien- und Prüfungszeiten zu verkürzen und die wechselseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse durchzusetzen.
3. Vor einer auch modellhaften Stufung des Lehramtsstudiums in Bachelor- und Masterabschlüsse ist eine konsequente Modularisierung des Studiums unter Anwendung des ECTS (Europäisches Kreditpunkte System) durchzuführen. Die 2. Ausbildungsphase ist einzubeziehen.
4. Sollten Modellversuche zu Bachelor- und Masterstudiengängen eingeführt werden, fordert die GEW BERLIN, einen Masterabschluss für alle Lehrämter zwingend vorzuschreiben. Einen eigenständigen Bachelor-Abschluss für einzelne Lehrämter, z.B. für die Ein- und Zweifachlehrer/innen lehnt die GEW BERLIN als Versuch, die alte Zweiteilung in Gymnasial- und Volksschullehrer in neuem Gewand zu beleben, strikt ab. Modellversuche müssen so angelegt sein, dass die Universitäten unterschiedliche Modelle ausprobieren können. Diese müssen auf die Dauer eine Regelstudienzeit begrenzt sein, wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Die Anerkennung der Abschlüsse ist sicherzustellen. Eine allen Universitäten flächendeckend verordnete Einführung eines Modells widerspricht dem Erprobungscharakter und wäre kaum wieder rückholbar.

5. Die Lehrer/innenbildung muss entschieden dazu beitragen, dass Ausgrenzung und Diskriminierung in der Schule zurückgedrängt werden und ein nichtselektives Schulsystem durch eine „Schule für alle“ vorangebracht wird. Die GEW BERLIN lehnt daher eine Festlegung der Lehramtsstudierenden auf Schularten und/oder Schulstufen ab und fordert eine grundsätzliche gleiche Dauer der Ausbildung für alle Lehrämter.
6. Die Modularisierung des Lehramtsstudiums muss von einem spiralförmigen, an Kompetenzen orientierten Curriculum ausgehen, das sicher stellt, dass die einzelnen Module aufeinander aufbauen und miteinander vernetzt sind. Die Berufswissenschaften (Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Fachdidaktiken und pädagogische Psychologie) müssen dabei quantitativ gestärkt werden. Schulpraktische Studien müssen von Anfang an integraler Bestandteil der Ausbildung sein. Ihr Anteil ist insgesamt zu erhöhen.
7. Im Rahmen der Modularisierung sind die Prüfungen studienbegleitend und in der Verantwortung der Universitäten durchzuführen. Die Kompetenzen des Landesamtes für Lehramtsprüfungen sind auf Notariatsfunktionen zu reduzieren.
8. Die Module, vor allem der Fachwissenschaften, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaft und Grundschulpädagogik sind professionsorientiert und zielorientiert an den geforderten Kompetenzen zu gestalten. Für alle Lehrämter sind in Kooperation aller an der Ausbildung Beteiligten kontinuierlich schulpraktische Studien vorzusehen. Diese müssen wissenschaftlich vorbereitet, begleitet und ausgewertet werden und in die wissenschaftliche Ausbildung integriert sein. Eine kritisch distanzierte, theoriegeleitete Reflexion der Berufspraxis steht dabei im Vordergrund.
9. Die GEW BERLIN hält das Referendariat für nicht geeignet, Bestandteil einer zukunftsweisenden und reformierten Lehrer/innenbildung zu sein. Das Referendariat sollte daher zugunsten einer strukturierten und betreuten Berufseinstiegsphase unter Beteiligung der Universitäten abgelöst werden. Die Berufseinstiegsphase ist in die Modularisierung der Ausbildung (Kompetenzorientierung) einzubeziehen. Es ist sicherzustellen, dass ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in die Berufseinstiegsphase besteht. Am Ende der auf längstens 3 Jahre befristeten Berufseinstiegsphase wird die berufliche Laufbahnbefähigung festgestellt. Die neue Berufseinstiegsphase sollte zunächst konzeptionell vorbereitet und modellhaft erprobt werden.
10. Die Reform der Lehrer/innenbildung muss ein Konzept enthalten, das eine berufs begleitende, professionsorientierte und pädagogisch-didaktische Ausbildung von Quereinsteiger/innen beinhaltet, die mit der Laufbahnbefähigung abschließt.
11. Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg von Reformen in der Lehrer/innenbildung ist die ausreichende Bereitstellung von Kapazitäten, sowohl für die universitäre Ausbildung als auch für das Referendariat bzw. die neue Berufseinstiegsphase. In den Universitäten betrifft das vor allem die notwendige Verstärkung der Fachdidaktiken, die mit mindestens einer Professur ausgestattet sein müssen, sowie die Grundschulpädagogik.
12. Das Land Berlin muss in der KMK darauf drängen, dass die Lehramtsabschlüsse wechselseitig anerkannt werden, damit die Mobilität, auch im europäischen Raum erst möglich wird. Alle Reformüberlegungen sind auf ihre Anerkennung hin vorher zu prüfen.

Da eine grundlegende Reform der Lehrer/innenbildung nicht von heute auf morgen realisierbar ist, fordert die GEW BERLIN, kurzfristig folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Parallel zur Vorbereitung einer neuen Berufseinstiegsphase müssen Struktur und Inhalte des jetzigen Referendariats verändert werden. Eine rein zeitliche Verkürzung des Referendariats wird dem nicht gerecht. Die GEW BERLIN fordert, die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Lehramtsanwärter/innen deutlich zu erhöhen, die Zahl der prüfungsrelevanten Beurteilungen zu reduzieren und das gesamte Beurteilungssystem auf den Prüfstand zu stellen. Dringend notwendig ist die Einführung eines kontinuierlichen Evaluationsverfahrens im Referendariat unter Beteiligung Externer. Die Seminarleiter müssen regelmäßig und zwar in den Universitäten fortgebildet werden.
- Die jetzigen Phasen der Lehrer/innenbildung müssen besser abgestimmt werden. Zwischen den Beteiligten (Schule, Universität, Seminare usw.) sind ergebnisorientierte Kooperationen zu organisieren. Dazu gehört auch der personelle Austausch von in der Lehrer/innenbildung Tätigen. Die GEW BERLIN fordert die Einrichtung von Service- und Beratungszentren für Lehramtsstudierende als Anlaufstelle für Studierende und Lehramtsanwärter/innen und als Kooperationszentren zwischen Universität, Landesschulamt bzw. Senatsbildungsverwaltung und Prüfungsamt. Ziel muss sein, Information und Beratung „aus einer Hand“ zu gewährleisten. Die Einrichtung dieser Zentren kann in den Universitäten erfolgen.
- Die Zahl der Referendariatsplätze ist kurzfristig um mindestens 200 auf 2.100 zu erhöhen, damit diejenigen, die ihr Erstes Staatsexamen erfolgreich abgeschlossen haben bzw. es jetzt abschließen, auch zeitnah ihre Ausbildung fortsetzen können. Berlin kann es sich nicht länger leisten, dass qualifizierter Lehrer/innen-Nachwuchs in Größenordnungen abwandert.